

**Sonder-
Ausgabe**

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2.25 M.
(davon 87 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Postbezug 3.27 M., einschließlich 60 Pf.
Postgebühren- und 72 Pf. Postbefrei-
gungen. Auslandsabonnement 5.65 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Druckporto 4.65 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-
lich zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“. Illustrierte Sonntagsbeilage
„Welt und Zeit“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Gratis!



Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Polizeifonds: Berlin 37336. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wallstr. 65. Dt. S. u. Disc.-Ges., Depositenkasse Lindenstr. 3.

Severing packt aus!

Die preußische Staatsregierung ver- langte Milderung der Hitler-Notver- ordnung vom 16. Juni. — Die Reichs- regierung antwortete mit ihrer ge- waltsamen Amtsenthebung!

Reichspflichten.

Ein Wort an Herrn v. Papen.

Von Carl Severing.

Der Reichskanzler v. Papen hat die Reichsregierung in Preußen auf die Absätze 1 und 2 des Artikels 48 der Reichsverfassung zu stützen versucht und damit unterstellt, daß Preußen die ihm nach den Befehlen und der Verfassung obliegenden Pflichten nicht erfüllt habe, daß ferner in Preußen die öffentliche Sicherheit und Ordnung mehr gestört und gefährdet sei als in anderen Ländern. In seiner Rundfunkrede hat er diese Behauptungen vielfach variiert und dabei unter anderem bemerkt, daß es kein Zufall sei, daß nur in Preußen die kommunistischen Kampforganisationen einen größeren Umfang annehmen konnten, und daß nur in Preußen der Wahlkampf von einer erschreckenden Vermehrung blutiger Auseinandersetzungen begleitet worden sei.

Man muß dem Herrn Reichskanzler zugute halten, daß er noch ziemlich neu in seinem Amt ist und sich auf eigene Beobachtungen und Erfahrungen nicht stützen kann. Dasselbe gilt von dem größten Teil seiner engeren Mitarbeiter. Das sollte ihn aber dazu führen, bei seinen in der Öffentlichkeit aufgestellten Behauptungen, besonders wenn diese Behauptungen Beschuldigungen gegen die Regierung eines großen Landes involvieren, vorsichtig zu sein. Natürlich ist es kein Zufall, daß die Kommunisten in Preußen zahlreich sind, so wenig wie es ein Zufall ist, daß

Preußen die höchste Arbeitslosenziffer

aufweist oder daß in Preußen die meisten Großstädte liegen, deren Wohlfahrtserwerbslose schon jahrelang unter den Geißeln der Arbeitslosigkeit und den Entbehrungen aller Art leiden. Natürlich ist es kein Zufall, daß dort, wo sich Hunderttausende von hungrigen Menschen auf einem engen Bezirk zusammenballen, wie im westlichen, mittel-deutschen und schlesischen Industriegebiet, wie in Berlin und an der Wasserfront, die Agitation der radikalen Parteien, also auch der Kommunisten, einen fruchtbaren Nährboden findet. Wer da glaubt, diese Entwicklung und ihre Begleiterscheinungen ausschließlich mit polizeilichen Mitteln aufhalten zu können, der soll sich sein Lehrgeld zurückzahlen lassen. Immerhin: in der Bekämpfung staatsgefährlicher Ausschreitungen der kommunistischen Kampforganisationen hat die preußische Regierung einiges geleistet.

Wenn der Wahlkampf in Preußen — aber nicht nur in Preußen! — von vermehrten blutigen Auseinander-

setzungen begleitet worden ist, so ist das nicht zuletzt auf das Konto der Regierung Papen zu setzen, die u. a. durch ihre von keinerlei Sachkenntnis getriebenen Verordnungen erprobte und bewährte Maßnahmen der Länderregierungen außer Kraft setzte. Man kann wohl behaupten, daß den beiden Wahlgängen zur Wahl des Reichspräsidenten von den Parteien die gleiche Bedeutung beigegeben worden ist, die man jetzt in der Reichstagswahl erblickt. Mit derselben Leidenschaftlichkeit und Beharrlichkeit, mit der jetzt die Parteien für ihre Ziele kämpfen, sind damals auch vor dem 13. März und dem 10. April die Kämpfe um die Präsidentschaft ausgefochten worden. Aber damals fehlte die Provokation der Uniformen und darum war der Wahlkampf damals nicht von der erschreckenden Vermehrung blutiger Auseinandersetzungen begleitet, die Herr v. Papen heute so sehr beklagt.

Herr v. Papen hat es in seiner Rundfunkrede auch für richtig gehalten, einen Unterschied zwischen dem „hingegebenen Einsatz der örtlichen Polizeiorgane“ und der Führung — hier ist offenbar die zentrale Führung gemeint — zu machen. Die Polizei in Bausch und Bogen zu verurteilen, hat auch er augenscheinlich für ungerecht, aber auch wohl für unklug gehalten. Die Leistungen des preußischen Polizeikörpers sind jedoch so tief in die Geschichte des preußischen Staates gemeißelt, daß sie am wenigsten der sieben Wochen amtierende Reichskanzler durch Reden oder Verordnungen zu verwischen vermag. Und die Führung? Diese Frage läßt sich am leichtesten beantworten, wenn man die Zustände in der Polizei in den Jahren 1918 bis 1920 mit der Verfassung der preußischen Polizei von heute vergleicht. Es war damals nicht selten, daß sich die örtlichen Polizeiorgane bei politischen Unruhen für „neutral“ erklärten und einem Einschreiten gegen die Ruhestörer aus dem Wege gingen. Das hat die Führung der preußischen Polizei geändert, nicht nur durch Verordnungen und Organisationsveränderungen, sondern auch — und zwar in der Hauptsache — durch die beste Methode der Erziehung: durch das Beispiel hingegebenen Einsatzes. Auch diese Tatsache wird Herr v. Papen nicht aus der Welt reden können, und darum sollte er, wenn er nicht zu naheliegenden Vergleichen neigen will, in der rednerischen Behandlung der Dinge vorsichtiger sein, über die ihm ein sachverständiges Urteil nicht wohl ansteht.

Herr v. Papen hat in seinen Kundgebungen der letzten Tage auch viel von der Wiederherstellung der Staatsautorität geredet. Man kann ihm darin zustimmen, daß die Staatsautorität in den letzten Monaten bedenklich gelitten hat und daß alles getan werden sollte, um sie zu stabilisieren. Seine Exekutive gegen Preußen aber hat der Staatsautorität einen Stoß versetzt, dessen Folgen heute noch gar nicht zu

übersehen sind. Die Männer, die diese Maßnahme ausgeführt haben, haben damit Pfeile abgefeuert, die über kurz oder lang auf sie zurückprallen werden. Womit man sündigt, damit wird man gestraft! Herr v. Papen hat durch die Art seines Vorgehens aber auch den Wert der Begriffe von Treu und Glauben nicht gerade erhöht. Als am Nachmittag des 18. Juli das preußische Staatsministerium vom Reichskanzlerbüro gebeten wurde, den Ministern Hirtfelder und Severing eine Einladung zu einer Besprechung mit dem Reichskanzler zu übermitteln, da konnten, ja mußten die beiden Minister aus dieser Einladung folgern, daß es sich um die Erörterung eines Briefes handeln würde, den das preußische Staatsministerium dem Reichskanzler in Sachen

der Senkung der Unterstützungssätze für Arbeits- lose und Krisenunterstützte

gehandelt hatte. Diese Auffassung erhielt eine weitere Stütze durch die Einladung, die am nächsten Tage auch dem preußischen Finanzminister Klepper zugeht. Um Klarheit darüber zu bekommen, erkundigte sich in den Nachmittagsstunden des Dienstags der Ministerialdirektor Nobis vom preußischen Staatsministerium auf Ersuchen des Innenministers in der Reichskanzlei nach den Verhandlungsgegenständen, die für die Besprechung zwischen dem Reichskanzler und den preußischen Ministern vorgesehen waren. Es wurde ihm bedeutet, daß

über finanzielle und landwirtschaftliche Fragen

verhandelt werden sollte, daß allerdings auch innerpolitische Fragen zur Erörterung kommen würden! Man kann diese Auskunft als eine Verlegenheitsauskunft werten, die durch ein Schweigegebot bedingt war, oder man kann sie als absichtliche „Larnung“ empfinden — auf jeden Fall war sie das Gegenteil von dem, was bisher im Verkehr der Reichsregierung mit der preußischen Staatsregierung als Treu und Glauben galt. Daß sich der kommissarische Innenminister Dr. Bracht schon eine halbe Stunde vor der Besprechung in der Reichskanzlei beim Leiter der Polizeibehörde des preußischen Innenministeriums melden ließ und daß die Verfügung der Amtsenthebung des Innenministers in der Zeit dem Ministerium zugestellt wurde, in der die preußischen Minister in der Reichskanzlei weilten, ist nur eine Abrundung des Bildes, das sich der Reichskanzler von Papen augenscheinlich von den Mitteln zur Festigung der Staatsautorität macht.

Von erheblich höherem Wert ist jedoch die Feststellung, daß über den Brief des preußischen Staatsministeriums an Herrn v. Papen nicht ein Wort geredet wurde. In dem Briefe hatte die preußische

Staatsregierung ihrer Sorge Ausdruck gegeben, daß die

Senkung der Mu- und Kr-Unterstützungen

in dem Ausmaße, wie sie die Verordnung vom 16. Juni 1932 vorsieht, sich ohne Erschütterungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht durchführen lassen werde. Es war hinzugefügt, daß nach Nachrichten aus der Provinz auch die Behörden der Reichsarbeitsverwaltung mit derartigen Erschütterungen rechneten. Im Interesse der Gemeindefinanzen war ferner darauf aufmerksam gemacht worden, daß durch die vom Reichs verordneten Senkungen die Unterstützungsfälle in großem Umfange

unter die Fürsorgegerichtsfläche

der Bezirksfürsorge-Verbände herabsinken würden und daß in diesen Fällen die Bezirksfürsorge-Verbände im großen Ausmaß Zusatzunterstützungen bis zur Höhe der Fürsorge-Nichtfälle würden leisten müssen. Die Fürsorge-Verbände sind aus eigenem Vermögen jedoch nicht in der Lage, die Zusatzunterstützungen zahlen zu können, und darum hat auch schon der preussische Staatsrat ersucht, daß das Reich die erforderlichen Mittel bereitstelle.

Den Ausgleich durch eine fünfzehnprozentige allgemeine Senkung der Nichtfälle herbeizuführen, wie das in einem Schreiben des Reichsfinanzministers als das Maß bezeichnet wurde, das dem Finanzierungsplan der Arbeitslosenhilfe zugrunde gelegt worden ist, hat die preussische Staatsregierung in ihrem Brief an den Reichskanzler als völlig ausgeschlossen bezeichnet. Die Herabsetzung im Rahmen der Senkung, die die Lebenshaltungskosten seit September 1931 erfahren haben, sei das äußerste, was aus politischen und sozialen Gründen verantwortet werden könne — hat sie als ihre Auffassung dem Reichskanzler mitgeteilt.

Man mag über diesen Brief denken, wie man will: Preußen hat ihn aufgefahst als eine Hilfsstellung für die Reichsregierung. Er war diktiert von der Sorge, daß eine weitere beträchtliche Verschlechterung der Lebenshaltung der von der Arbeitslosigkeit betroffenen Volksschichten zu einer ernststen Gefahr für die Sicherheit und Ordnung im Reich werden könne. Daß er von Herrn von Papen in der Besprechung mit den preussischen Ministern mit keinem Worte erwähnt wurde, ist nicht nur bemerkenswert für die Auffassung des neuen Reichskanzlers über die Zusammenarbeit mit den Ländern, sondern auch für die Beurteilung der sozialen Situation des Volkes, dessen oberster Leiter er durch die Berufung des Reichspräsidenten geworden ist.

Und auch diese Mahnung an den Reichskanzler v. Papen entspringt der Sorge um unseres Volkes Schicksal: Geben Sie sich nicht der Täuschung hin, daß mit Regierungserklärungen und Rundfunkreden die Lösung des Arbeitslosenproblems auch nur im geringsten gefördert werden könne.

Im hungrigen Magen Eingang finden
Nur Suppenlogik mit Knödelgründen!

Und wer Unruhen vorbeugend bekämpfen will, der bekämpfe mit wirksamen sozialen Maßnahmen den Unruhestifter aller Zeiten und Völker: den Hunger. Auch das Reich hat Pflichten zu erfüllen, Pflichten, zu denen es sich immer angehalten fühlen sollte von der mit Gründen des Rechts und der Wahrheit bewaffneten Macht der Vernunft und der Erkenntnis, daß weiße und grüne Bohnen in der Bekämpfung von Unruhen wirksamer sind als blaue.

Kultur-Reaktion.

Nieder mit der Arbeiterbildung!

Die „Deutsche Zeitung“, Organ der rechtsradikalen Staatsstreicher, nationalsozialistisch und reaktionär, läßt sich aus „akademischen Kreisen“ einen wilden Hegeartikel unter der Ueberschrift „Bruststätten des Marxismus“ schreiben.

Da wird die Maske abgeworfen! Das stotreaktionäre verknöcherte Akademikertum aus dem Nazilager schreit laut wider die Volksbildung. Haherfüllt wird dargestellt, daß alle Gewerkschaften Gewerkschaftsbildungs- und Schulungskurse haben. Fort damit — heißt die Parole!

Die Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main, die Abendgymnasien, die Hochschulkurse für Arbeiter haben es den Reaktionären besonders angetan. Das muß alles fort — so schreibt die nationalsozialistische „Deutsche Zeitung“.

Arbeiter haben dumm zu sein und zu bleiben! Sie wollen den Bildungstrieb im Volke künstlich niederhalten, sie wollen die Arbeiter vom Erwerb von Wissen ausschließen! Ihr Ideal ist ein verdummes Volk auf niedriger Bildungs-

Frauen erwachen.

Gute Vorzeichen für den Wahlkampf.

Der Bogen ist überspannt! Die Geschosse, die unsere Eiserner Front zerföhren sollten, schnellen, wenigstens moralisch, zurück auf die Angreifer. Die Eiserner Front reißt weite Kreise mit, auch das Bürgertum. Wer noch nicht gleichgültig geworden für Verfassung, Republik, Demokratie fühlt das Bedürfnis, im Kampf gegen den Faschismus an die Seite seines stärksten Gegners zu treten. Das beweisen auch die kleinen Vorkommnisse.

Eine in der bürgerlichen Frauenbewegung sehr tätige und bekannte Frau schickt mir heute aus dem Ferienaufenthalt eine Geldspende für den Wahlkampf der SPD. mit dem ausdrücklichen Zusatz: „Ich muß meiner Empörung über die Berliner Vorkommnisse Ausdruck verleihen.“

Möge die gute Saat vielfältig aufgehen! Mögen Millionen Frauen, auch wenn sie nicht unseren Organisationen angehören, gleiche Gesinnung bekunden in der Erkenntnis, daß die Eiserner Front der starke unentbehrliche Schutz ist für

Freiheit, Frieden, Frau, Familie!

Die Nazis erklären, sie wollen nicht mit dem kalten Intellekt begriffen werden, sondern mit dem Gefühl. Nun, das Gefühl drängt in zunehmendem Maße Frauen dazu, sich dorthin zu stellen, wo Recht und Kultur gegen Unrecht und Barbarei kämpfen. Gefühlsmäßig müssen Frauen abrücken von den Blut-taten der senf-braunen Priovartarmee des Braunauer Häuptlings, von der Hege zu Bürgerkrieg und Aufrüstung. Sie müssen abrücken von

jenem „neuen deutschen Volkstil“, den eben erst Herr Goebbels so laut gepriesen hat. Die Kundgebungen des Stils sind Rache und Blut, Drohung mit Kerker und Folter. Seine neuen Volkslieder klingen aus in Endzellen wie:

Und wenn's Judenblut vom Messer spritzt,
Dann geht's noch mal so gut

oder

Wenn die Handgranate tracht,
Das Herz im Leibe lacht.

Im „neuen Volkstil“ werden harmlose Passanten überfallen, Gewerkschaftshäuser planmäßig zerstört, Schutzwachen niedergemacht, politisch Andersdenkende neben ihren Frauen in ihren Heimen aufgespürt, niedergeschossen, niedergestochen, selbst Jugendlager und Kinderlager sowie deren Führer nicht verschont. Zum „neuen Volkstil“ gehört weiter: Beschimpfung von Kriegsteilnehmern und Kriegermüttern, Herabwürdigung der Frauenehre, neuer deutscher Volkstil sind die seltsamen Stilübungen des Herrn Hauptmann Röhm, deren Echtheit eben in München gerichtlich festgestellt wurde.

Im neuesten Stil vollziehen sich auch die Regierungstaten: Verhaftung und Absehung verdienter Staatsmänner, bekannter Politiker und Schriftsteller, sich häufende Zeitungsverbote!

Schluß mit diesem neuesten Stil am 31. Juli!

Adele Schreiber.



Wählt Liste 1

stufe — denn nur Dummheit wird das Dritte Reich ertragen. Hier tritt der abgrundtiefe Haß gegen die Arbeiterschaft, die volksfeindliche reaktionäre Gesinnung der Nazis klar hervor, hier haben sie verraten, daß sie das deutsche Volk aus einem Kulturvolk in ein Volk barbarischer Knechte verwandeln wollen!

Gebt diesen dreisten Reaktionären, dieser Schmach Deutschlands, am 31. Juli die richtige Antwort! Sorgt mit der Sozialdemokratie für den kulturellen Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse!

Kannibalismus beim Hafentreuz.

Nationalsozialistische Jugendzuehung.

Wie die Nazis die Kinderseele fittlich verrohen und vergiften, davon haben vor kurzem die Börlinger Nazis ein taum noch zu überbietendes Schauspiel gegeben. An einem Sonntag war das gesamte Nazi-Jungvolk aus Stadt und Kreis Börlitz zusammengetrommelt worden, um in dem ländlichen Vororte Blesnig eine Jungvolk-Kundgebung zu veranstalten. Nach Angaben von Naziselbst nahmen daran teil 300 Knaben im Alter von 8 bis 14 Jahren, nebst einer Anzahl Eltern der Kinder. Von Passanten wird bemerkt, daß selbst Kinder bis herab zu fünf Jahren an dieser Kundgebung beteiligt waren.

Auf dem Niederdorf des „Pg.“ Freiherrn von Doen wurden die Kinder aus einer Gulachkanone verpflegt. Auf einer angrenzenden Wiese wurde Bivak bezogen. Am Nachmittag vergnügte sich die Kinderschar mit Jugendspielen. Später wurde unter Annahme einer Gefechtslage ein Sturmangriff auf die Anhöhe ausgeführt.

Mit dieser Jugend von 8 bis 14 Jahren, der auch Kinder von 5 Jahren zuzählen, wurden verschiedene „Bivakspiele“ ausgeführt. Welcher Art diese waren, darüber erzählt ein erwachsener Teilnehmer ganz entrüstet folgendes:

Die Kinder versammelten sich unter Borantritt einer Kinderkapelle. Dann sah man einen als Geistlichen angeputzten Jungen, dem ein anderer Junge mit einem Kreuz, an dem einige rohe Knochen baumelten, folgte. Zwei weitere Jungen marschierten durch Achselreiter Pferd und Reiter. So erfolgte der Umzug um den Platz. An der Ausgangsstelle des Zuges war ein Loch ausgehoben. Als der Zug der Kinder dort wieder angelangt war,

hielt der als Geistlicher verkleidete Junge eine Grabrede auf die letzten Ueberreste Buchwih!

des von den Nazis fanatisch gehaltenen Epheuantandidaten der Sozialdemokratie! Die Grabrede wurde etwa wie folgt beendet: „Es sei nun Gott sel Dank gelungen, seine Ueberreste zur letzten Ruhe zu tragen.“ Als der Leiter aufforderte, ein Lied zu singen, rief der

NSDAP

das heißt:

NEUE SALZSTEUER! DENKT AN PAPEN!

Junge, der den Reiter marschierte: Das Buchwih-Lied! Dieses Lied, in dem die Zellen vorkommen: „Wenn die ersten Schüsse knallen, muß der Otto Buchwih fallen“, wurde denn auch von den Kindern gesungen.

Diese Kinderseelenvergiftung und Mordhege in Verbindung mit der Verächtlichmachung kirchlicher Einrichtungen, stellt den Gipfel der Naziverrohung dar.

Die Regierung Papen kämpft gegen den „Kulturbohschewismus“. Von dem Kulturanibalismus der Nazis hat sie keine Vorstellung.

Nieder mit solchem Kulturanibalismus! Nieder mit seinem Träger, der Nationalsozialistischen Partei! Gebt am 31. Juli die rechte Antwort:

Wählt Liste 1 der Sozialdemokraten!

Abonnieren Sie den „Vorwärts“

die führende politische Tageszeitung, wenn Sie zuverlässig und wahr unterrichtet sein wollen!

Neue Abonnenten erhalten die Zeitung gegen Einfindung untenstehenden Bestellzettels bis zum 31. Juli gratis!

Ich abonniere die volle Ausgabe des „Vorwärts“, zweimal täglich frei ins Haus zum Preise von 3,25 Mk. pro Monat (pro Woche 75 Pf.)

Ich abonniere den „Sonntag-Vorwärts“ zum Preise von 55 Pf. pro Monat.
(Nichtzutreffendes ist zu durchstreichen.)

Name: _____

Wohnung: _____

_____ Straße Nr. _____

vorn — Hof — Quergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts

bei _____

Ausfüllen und einenden an den Verlag des „Vorwärts“
Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Heraus zum Appell der Eisernen Front!

Freitag, 19 Uhr, im Stadion Neukölln, an der Leinestraße